

Werbung



06.12.2025 • 69

Nach Abstimmung

Ökonomen üben scharfe Kritik an Rentenpaket

„Kein guter Tag für die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme und auch für die Zuverlässigkeit der Rente“, fasst Ökonom Friedrich Heinemann die Rentenabstimmung im Bundestag zusammen. Er warnt, dass die Probleme nur in die Zukunft geschoben wurden.

Von Redaktion



Während es für Bas vor allem um ein Wahlkampfgeschenk ging, ging es für Merz um die Handlungsfähigkeit seiner Regierung. (IMAGO/)

Das umstrittene Rentenpaket von Bundeskanzler Merz, das am Freitag den Bundestag passiert hat, sorgt weiter für Kritik – auch unter Ökonomen. Professor Friedrich Heinemann vom Mannheimer Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung

äußerte im Interview mit dem *Stern* seine mit dem Rentenpaket einhergehenden Befürchtungen. Er denkt, dass es „kein guter Tag für die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme und auch für die Zuverlässigkeit der Rente“ war.

Er begründet dies damit, dass sich die Politik „um Entscheidungen gedrückt“ habe: „Sie hat das Problem vertagt bis zum Jahr 2031, weil sie gesagt hat, jetzt halten wir es erst mal, jetzt ziehen wir eine Haltelinie ein und danach gucken wir mal, wie es dann weitergeht“. Weiter führt der Ökonom aus: „Wir wissen: 2031 wird die Situation noch viel gravierender sein als heute. Also eigentlich hat die Regierung auch verpasst, Führung zu zeigen und den Menschen reinen Wein einzuschenken.“

Werbung

Mit seiner Kritik am Rentenpaket, das vor allem auf Druck der Sozialdemokraten durch den Bundestag trotz Finanzierungsbedenken von vor allem jungen Unionsabgeordneten gepeitscht wurde, ist er nicht allein. Annica Gehlen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung stimmte zwar dem Ziel zu, dass die Rente im Alter zum Leben reichen muss – „Dieses Ziel sollte jedoch mit einer nachhaltigen Finanzierungsgrundlage erreicht werden“, wird sie vom *Focus* zitiert.

Timo Hoffmann vom Kieler Institut für Weltwirtschaft fasst die Dramatik der Entscheidung zusammen: „Wenn immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen und zugleich die Lebenserwartung steigt, ist die langfristige Finanzierbarkeit der Rente nicht mehr gewährleistet.“ Weil das Geld, das für die Rente aus dem Bundeshaushalt fehlt, woanders gekürzt werden muss, befürchtet Hoffmann, dass es zu Abwanderung von Fachkräften kommt oder dass beispielsweise bei der Kinderbetreuung gespart wird, wodurch Arbeitnehmer gezwungen sein können, weniger zu arbeiten, um auf ihre Kinder aufpassen zu können.

Werbung

Das Rentenniveau ist jetzt über 2031 hinaus bei 48 Prozent festgeschrieben. Damit ist es Aufgabe des nächsten Bundestags, sich wieder mit dem Rentenniveau

auseinanderzusetzen. Bis dahin wird der aus dem Bundeshaushalt notwendige Zuschuss für die Rente auch die Handlungsfähigkeit der Abgeordneten bei den Haushaltsverhandlungen immer weiter einschränken.

ww

Teilen:   

Zu den Kommentaren (69) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:    Apple Pay  Google Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) 

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per  Pay  Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

[Beliebig \(€\)](#) 

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Abschließen

Werbung

Ihr Kommentar ...

69 Kommentare

[Relevanz](#) ▼

Marcus Agrippa 06.12.2025 um 19:20 Uhr



Nun, es ist ja beruhigend, daß (ernstzunehmende) Ökonomen ökonomischen Unsinn noch „ökonomischen Unsinn“ nennen (können).

Und, es ist beruhigend, daß AN noch über Ökonomen berichten kann, die ökonomischen Unsinn noch „ökonomischen Unsinn“ nennen.

Nur: Was ändert sich dadurch? Wird durch die Meldung aus „ökonomischem Unsinn“ plötzlich „ökonomischer Sinn“? – Fällt Fischers Fritz und seinen Unions-Paladinen die Erkenntnis jetzt spontan vor die Füße? – Werden sich der kleine Fritz und seine Sandkastenkumpels jetzt spontan – in Erkenntnis ihres Blödsinns – Asche aufs Haupt streuen, ihre Gewänder zerreißen und Buße tun?

Nichts, nichts wird geschehen – außer vielleicht, daß wieder ein paar Wähler klüger